Massakeropfer in Ruanda: Bewaffnete Banden morden hemmungslos

Ruanda

Söhne ohne Land

Der Bürgerkrieg in Zentralafrika – eine Folge der Bevölkerungsexplosion / Von Hartmut Dießenbacher

Man hätte die Vorboten der Katastrophe rechtzeitig erkennen können. Traditionell unversöhnte Stämme, Übervölkerung und knappes Land: kann es einen schlimmeren Anlaß für einen Bürgerkrieg geben? Im zentralafrikanischen Ruanda fallen die Menschen auch übereinander her, weil sie glauben, ihr Recht auf Leben verteidigen oder erkämpfen zu müssen.

In dem Gebiet von der Größe Belgiens herrschte über 400 Jahre lang die Ethnie der Tutsi, die nur 14 Prozent der Bevölkerung stellte. Diese aristokratische Oberschicht wurde 1959 in einer blutigen Revolution von der Mehrheit der Hutu entmachtet.

Bei dem Umbruch starben viele tausend Menschen. Zehntausende Tutsi flohen in Nachbarländer, allein in Uganda leben heute 250 000 Ruander – meist Tutsi-Flüchtlinge von damals und ihre Nachkommen.

In ihrer mündlichen Überlieferung speicherten die Exilanten die Erinnerung an aristokratische Vorrechte und das Verjagungstrauma von 1959 im kollektiven Gedächtnis und gaben sie an die nächste Generation weiter. Mütter und Väter pflanzten Rachegedanken in ihre Kinder, um deren Selbstbehauptungswillen auch im zukunftslosen Exil zu erhalten.

Der 1962 unabhängig gewordene Staat erlebte zwei bis drei Jahrzehnte einer wirtschaftlichen Scheinblüte, an der auch die in Ruanda verbliebenen Tutsi teilhatten. Aus Belgien, Frankreich, Deutschland, den USA, von der Weltbank und den Vereinten Nationen flossen jährlich mehrere hundert Millionen Mark Entwicklungsgelder ins Land. Die Zinnindustrie wurde modernisiert. Neue Straßen verbanden Ruanda mit dem ostafrikanischen Transportnetz und dem Hafen Mombasa; Wasserversorgung und Telekommunikation wurden ausgebaut. Kirchen und private Organisationen engagierten sich im Gesundheits- und Bildungsbereich.

Besonders die Landwirtschaft schien sich in dem traditionellen Agrarland Ruanda unter Mithilfe vieler Experten zu einer für Schwarzafrika beispielhaften grünen Revolution zu entwickeln. Ruanda ist ein vegetationsreiches Land mit einer Durchschnittstemperatur von 20 Grad Celsius; mühevoll terrassierte Hänge und Hügel erwecken den Eindruck einer paradiesischen Parzellenlandschaft.

Doch in den drei Jahrzehnten nach 1962 wuchs in Ruanda ein strukturelles Problem heran, das als eine der wichtigsten Ursachen für den heute herrschenden Horror gelten muß: die Bevölkerungsexplosion.

Mit durchschnittlich 10 Schwangerschaften und 8,3 Lebendgeburten pro Frau gehört Ruanda zu den geburtenstärksten Ländern der Welt. Bis 1993 hatte sich die Bevölkerung von etwa drei Millionen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auf über sieben Millionen Einwohner mehr als verdoppelt.

Spätestens in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurde erkennbar, daß das wirtschaftliche Wachstum immer weiter hinter dem Bevölkerungswachstum zurückblieb. Die Exporterlöse aus Rohstoffen und Kaffee genügten nicht, um nötige Lebensmittelimporte zu finanzieren. Vom eigenen Boden konnte sich Ruanda nicht mehr ernähren.

Der zentralafrikanische Kleinstaat besteht etwa zur Hälfte aus Ackerfläche, der Rest ist Weideland für Ziegen, Kühe und Schafe sowie Wald. Im Erbrecht gilt das Prinzip der Realteilung für Söhne; die Töchter gelten in der Regel mit ihrer Heirat als versorgt.

Im Durchschnitt bewirtschaftet ein ruandischer Bauer eine Fläche von weniger als einem halben Hektar. Bei vier erbberechtigten Söhnen pro Bauernfamilie bleibt innerhalb einer Generationsfolge für jeden Sohn ein Viertel übrig. Diese Parzelle wirft für seine Familie nicht genug ab.

Um den Boden intensiver zu nutzen, wurde beispielsweise der traditionelle Brachezyklus nicht eingehalten; das laugte die Erde aus, die Erträge gingen zurück. Binnen zwei Generationen gab es für viele nichts mehr zu erben. Immer mehr Ruander – Hutu wie Tutsi – mußten andere Formen des Überlebens suchen.

In Ruanda werden jährlich etwa 250 000 Kinder geboren. Daraus folgt, daß in jedem Jahr eine neue Generation von mindestens 50 000 nichterbenden Bauernsöhnen nach einer Existenz als Lohnarbeiter suchte; auch unverheiratete Töchter, die nicht daheim versorgt werden konnten, drängten auf den Arbeitsmarkt. So gerieten sie früher oder später in den Sog der Städte.

Die Bevölkerung im Großraum der Hauptstadt Kigali wuchs zwischen 1978 und 1991 von 600 000 auf 1,2 Millionen Menschen – doppelt so schnell wie im Gesamtstaat. In Kigali wurde nur ein kleiner Teil der Zuwanderer vom Arbeitsmarkt aufgenommen. Andere schlugen sich als Studierende, Händler, Gelegenheitsarbeiter oder Dienstleistende durch. Wenige suchten ihr Glück außerhalb Afrikas als Wirtschaftsflüchtlinge oder Asylanten.

Während sich die Lage in Ruanda dramatisch zuspitzte, träumten die einst Vertriebenen noch immer von der Rückkehr in die inzwischen übervölkerte Heimat. In ihrem von Bürgerkriegen erschütterten Zufluchtsland Uganda hatten sich viele Tutsi den Streitkräften des späteren Siegers und Präsidenten Yoweri Museveni angeschlossen. Ihre dabei gewonnene militärische Ausbildung und Kampferfahrung stärkte die „Ruandische Patriotische Front“ (RPF), die Befreiungsorganisation der Tutsi.

Die RPF griff Ruanda 1990 von Uganda her an und eroberte Gebiete im Norden des Landes. Afrikanische Nachbarstaaten vermittelten einen Waffenstillstand. Ihr Friedensplan sah vor, die RPF an der Regierung in Kigali zu beteiligen; Flüchtlingen sollte die Rückkehr nach Ruanda ermöglicht werden. Als Vorhut durften 600 RPF-Soldaten in der Hauptstadt neben dem Parlamentsgebäude Posten beziehen.

Viele Hutu sahen darin eine schreckliche Bedrohung. Denn die demographischen Folgen waren ihnen klar: Wenn eine Viertelmillion Tutsi-Exilanten zurückkehrten, müßten andere weichen – durch Flucht oder Tod.

Um dafür gerüstet zu sein, nutzten radikale Hutu offenbar die Zeit der Verhandlungen zum Aufbau von Milizen und Todesschwadronen. Bauern, auch Frauen, ließen sich von ihnen einschüchtern und im Blutrausch mitreißen – selbst gegen Nachbarn und Bekannte.

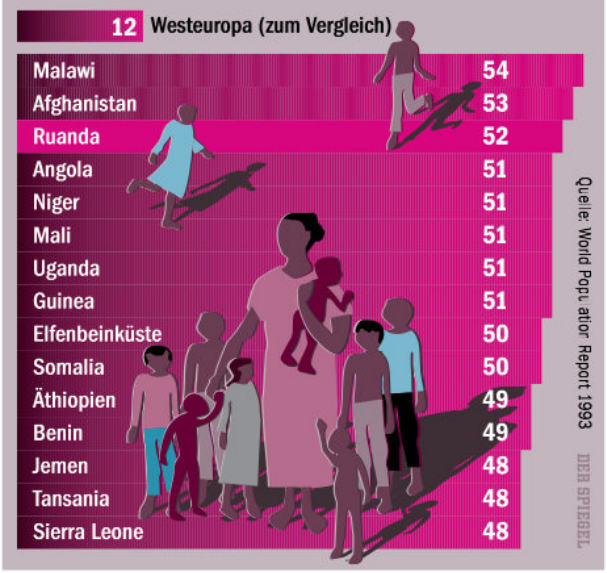
Bauernsöhne ohne Land stellten Rekruten für das undisziplinierte Bürgerkriegsheer. Bewaffnete Banden durchstreiften das Hinterland und mordeten hemmungslos. Dabei beachteten sie oft kaum noch den Unterschied zwischen Hutu und Tutsi. Die Schlächterei weitete sich zum „bellum omnium contra omnes“ (Thomas Hobbes), zum Krieg aller gegen alle aus. Das Ziel ist die Entvölkerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

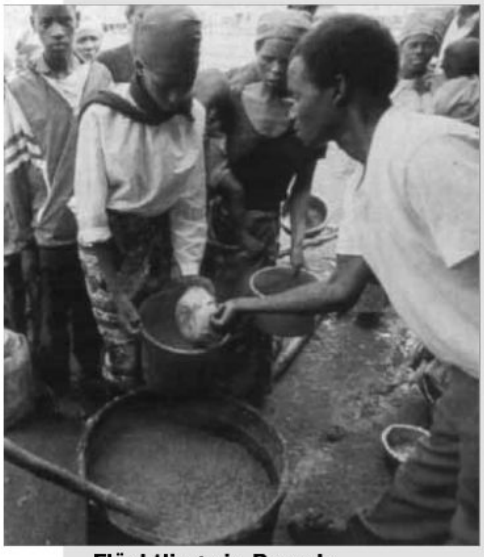
Schon sind Hunderttausende aus Ruanda in Nachbarländer geflohen, über 250 000 Menschen allein ins Lager Benako im Nordosten von Tansania. Je mehr Land genommen wird, um so mehr kann der Sieger des Krieges verteilen und nutzen.

Die internationale Staatengemeinschaft hat dem Morden lange Zeit fassungslos zugesehen. Jetzt hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen endlich beschlossen, Blauhelme nach Ruanda zu entsenden. Doch damit aus einem erzwungenen Waffenstillstand

Arme Länder – viele Kinder

Die 15 geburtenstärksten Staaten der Erde;
Anzahl der Geburten auf tausend Einwohner pro Jahr;
Schätzungen 1990 bis 1995





Flüchtlinge in Ruanda

Eine halbe Million Tote

hat der Bürgerkrieg in Ruanda nach Schätzungen von Hilfsorganisationen gefordert, bevor der Uno-Sicherheitsrat am Dienstag vor Pfingsten beschloß, 5500 Blauhelme in das Land zu schicken. Friedenstruppen aus Afrika sollen die Bevölkerung nun vor Killerbanden, der zerfallenen Armee aus Hutu-Soldaten und der von Tutsi geführten Rebellenbewegung RPF schützen. Die Aufständischen hatten in der vergangenen Woche die Hauptstadt Kigali eingekesselt und warnten die Uno vor Einmischung. Das Gemetzel werden die Blauhelme kaum stoppen können. Für den Genozidforscher Dießenbacher, 52, Professor an der Uni Bremen, sind Übervölkerung und Landknappheit die fundamentalen Ursachen des Konflikts.

kein Scheinfrieden wird, sind zwei Ziele vorrangig:

- Die landwirtschaftliche Nutzfläche muß – trotz ökologischer Bedenken – auf Kosten der Wälder und Naturparks (22,6 Prozent von Ruandas Fläche) soweit wie möglich vergrößert werden;
- ein wirkungsvolles nationales Geburtenkontrollprogramm muß trotz ethischer Bedenken verwirklicht werden.

So sollte die Arbeit des im Volksmund „Kondombehörde“ genannten Onapo (Office national de la population) erweitert und um eine Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung ergänzt werden, damit die Bauernfamilien zum Schutz gegen Notfälle des Lebens nicht auf möglichst viele Kinder angewiesen sind.

Wäre ein Teil der Entwicklungsgelder in den Jahrzehnten nach 1962 für diese Maßnahmen benutzt worden, hätte Ruanda 1994 eine Million Einwohner weniger haben können – vor dem Ausbruch der Massaker, in denen jetzt wohl eine halbe Million Menschen hingemetzelt worden sind.

Denn bietet ein Land seinen Bewohnern nicht genügend Erwerbsmöglichkeiten, dann bleibt als letztes Zufluchtsmittel die Gewalt, die für jedermann Sieg oder Tod bereithält.

„Im Einzelfall wahrscheinlich tödlich“

Groteskes Gezerre deutscher Ministerien um Hilfe für ein paar Flüchtlinge aus Ruanda

Die Pfadfinder Sankt Georg in Neuss haben erkannt, wo es in Bonn langgeht. CDU-Innenminister Manfred Kanther weigere sich, einige Flüchtlinge aus Ruanda einzulassen, um „im Superwahljahr 1994 ein deutliches Signal an die Wähler am rechten Rand zu setzen“.

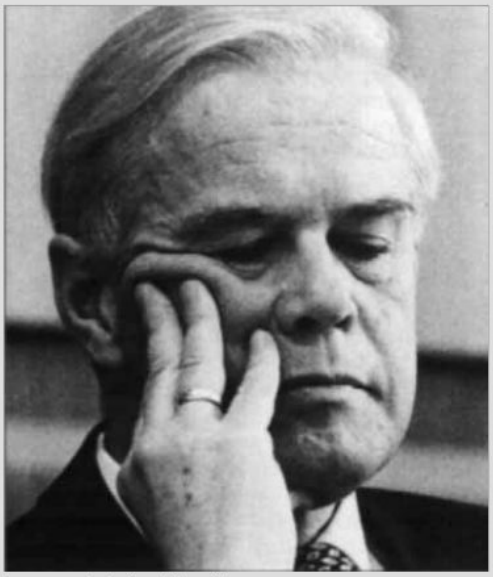
Solche Hartherzigkeit sei „zynisch“, schrieb die katholische Jugendorganisation am Himmelfahrtstag an den Christen Kanther. Ständige „bürokratische Verzögerungen“ in Bonn seien für die ausgesperrten Kriegsflüchtlinge „extrem bedrohlich, im Einzelfall wahrscheinlich tödlich“.

Kanther steht nicht allein. Mit ihm sorgt der liberale Außenminister Klaus Kinkel für unbarmherziges Gezerre um Einreisevisa für Ruander, die in Deutschland Zuflucht suchen.

Kanther und Kinkel tun so, als drängten Tausende Ruander aus überquellenden Flüchtlingscamps in den Nachbarstaaten Burundi und Tansania nach Deutschland. Tatsächlich geht es um weniger als 150 Menschen in Not. Und die begehren nicht Asyl auf Dauer, sondern nur vorübergehendes Unterkommen bei deutschen Freunden.

Zunächst beantragte Rheinland-Pfalz im April Einlaß für ein Kontingent von 100 Ruandern. Dann erbaten die Sankt-Georgs-Pfadfinder in Neuss Visa für 47 Freunde ihrer ruandischen Partnerorganisation; 22 davon hatten sich bereits bei der Bonner Botschaft in Burundi gemeldet.

Der Südweststaat des SPD-Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping ist seit vielen Jahren Partnerland Ruandas und betrieb in der Hauptstadt Kigali ein eigenes Koordinationsbüro für vielfältige Hilfsaktionen von Kreisen, Kommunen und privaten Organisationen. Die Mainzer sagten zu, die Kosten



Innenminister Kanther
Ärger mit den Pfadfindern

für den Aufenthalt der Ruander in Deutschland zu tragen.

Der Antrag auf „Aufenthaltsbefugnis“ für die Gruppe scheiterte am 6. Mai in der Konferenz der Innenminister auf der Ostsee-Insel Usedom.

Kanther gab sich allerdings konziliant und wies dem rheinland-pfälzischen SPD-Kollegen Walter Zuber einen vermeintlich eleganten Ausweg: Wenn die Mainzer Hundertschaft nicht als geschlossene Gruppe antrete, könnten die Flüchtlinge gemäß dem Paragraphen 30 des Ausländergesetzes „aus dringenden humanitären Gründen“ einzeln aufgenommen werden. Weder das Bundesinnenministerium noch die Länder müßten dann zustimmen.

Der schöne Rat erwies sich jedoch als trickreich. Als erste bekamen das die Pfadfinder zu spüren.

Sie hatten schon eine Woche vor der Ministerkonferenz Kanthers Umweg eingeschlagen. Ihre nach Burundi geflüchteten Freunde stellten bei der deutschen Botschaft in Bujumbura einzeln Visa-Anträge.

Bereits vier Tage danach erteilte die Ausländerbehörde in Neuss die „Aufenthaltsbefugnis“ für drei Monate. Die Pfadfinder hatten sich zuvor verpflichtet, alle Kosten, einschließlich der Heimreise, für die Ruander zu bezahlen.

Damit, freuten sich die Pfadfinder, schienen endlich alle rechtlichen und bürokratischen Hindernisse abgeräumt.

Doch nun legte sich die Kinkel-Behörde quer. Das Außenministerium untersagte der Botschaft in Bujumbura, die Visa zu erteilen.

Die Diplomaten beriefen sich dabei ausgerechnet auf das Ministerium, das laut Kanther nicht mehr mitzureden hatte. Gemäß der Stellungnahmen des Bundesinnenministers sei ein Aufenthalt in Deutschland nicht nötig; in Ruandas Nachbarstaaten fänden die Flüchtlinge genügend Hilfe.

Zwar machten sich Kinkels Diplomaten in der vergangenen Woche noch einmal daran, die Visa-Frage zu prüfen. Folgen sie aber weiterhin den Rechtsauslegern im Kanther-Ressort, sieht es düster aus für die Flüchtlinge.

Das Innenministerium will nur „in Fällen singulärer Sonderschicksale“ helfen. Aufnahme in Deutschland komme nicht in Frage, so ein interner Vermerk in kaltem Juristen-Deutsch, solange „der Einzelne nicht mehr und nicht weniger erleidet als andere ruandische Flüchtlinge auch“.

Im Klartext: Bei Völkermord und Massenverfolgung sollen alle dran glauben.